

den dann das Mitleids- und das Selbstbestimmungs-Argument das Tor zur ärztlich assistierten Selbsttötung weit aufstoßen?

»Das Leben mit Behinderung ist ein Abenteuer«, meinte der schwerstbehinderte Abgeordnete Franz Joseph Huainigg. Er beklagte, dass Müttern die mögliche Behinderung des Kindes in ihrem Bauch »meist sehr einseitig« nahe gebracht werde und verurteilte die fristenlose Abtreibung behinderter Ungeborener – in Österreich bis unmittelbar vor der Geburt – als »Menschenrechtsverletzung«. Diesen Zusammenhang zwischen Euthanasie und Abtreibung scheint auch der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer geahnt zu haben, denn er erzählte in seinen »ganz persönlichen« Grußworten, dass er vor drei Jahrzehnten als SPÖ-Abgeordneter für die Straffreistellung der Abtreibung gestimmt habe und sich auch heute dazu bekenne. »Ich glaube, hier festen Boden unter den Füßen zu haben«, meinte der Bundespräsident.

Der Schauspieler Tobias Moretti sah dies ganz anders: »Wer das Lebensrecht an einem Punkt in Frage stellt, nämlich am Anfang, der stellt es irgendwann auch am Ende in Frage.« Morettis Begründung: »Solange die Menschen von einem christlichen Humanismus getragen werden, sollte man über das Lebensrecht eines Menschen nicht diskutieren müssen – weder eines Alten noch eines Behinderten. Es gibt keinen Rechtfertigungs-, also keinen Erklärungszwang. Aber mittlerweile gibt es ihn eben doch.« Jetzt, um Morettis Wortwahl zu verwenden, muss sich der Mensch »gesundheitsökonomisch« rechtfertigen, und er wird durch einen »der Menschlichkeit entthobenen Pragmatismus« in Frage gestellt.

IM PORTRAIT

Stephan Baier

Der Autor, 1965 in Roding (Bayern) geboren, ist Österreich- und Europa-Korrespondent der überregionalen katholischen Tageszeitung »Die Tagespost«. Nach

dem Studium der Theologie in Regensburg, München und Rom arbeitete er zunächst als Pressesprecher für die Diözese Augsburg,

dann fünf Jahre lang als Pressesprecher und Parlamentarischer Assistent für Otto von Habsburg im Europäischen Parlament. Baier, Autor mehrerer Sachbücher, ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.



Alles, außer AIDS und Kinder

Nach dem Regierungswechsel in Österreich sind die Protagonisten der »Kultur des Todes« hier wieder auf dem Vormarsch. »Abtreibung auf Krankenschein« und ein »Museum für Verhütung & Schwangerschaftsabbruch« sollen vorgeburtliche Kindstötungen zu einem normalen Bestandteil des Lebens machen.

Von Stephan Baier

Als die neue österreichische Familienministerin Andrea Kdolsky (ÖVP) jüngst in einer Wiener Schule Kondome an 13- und 14-Jährige verteilte, war dies nur in einer Hinsicht ein Tabubruch und zog auch nur aus einem Grund eine elterliche Beschwerde nach sich: Hier würden die Kinder für parteipolitische Zwecke missbraucht, hieß es. Österreichs Familien-Bischof Klaus Küng macht sich keine Illusionen: In vielen Schulen laufe die Sexualerziehung

der Wiener Innenstadt. Dort werden die Besucher darüber aufgeklärt, wie wunderbar befreiend die Legalisierung der Abtreibung doch wirkte: »Nach wie vor müssen Frauen in Ländern, in denen der Schwangerschaftsabbruch verboten ist, zu drastischen und gefährlichen Methoden greifen, um eine ungewollte Schwangerschaft unterbrechen zu können.«

Unter dem Stichwort »Schlachtfeld Bauch« ist da von Versuchen die Rede, »Frauen mit einer ungewollten Schwanger-

erschaft aufgrund religiöser oder ideologischer Vorwände zu bevormunden und sie entweder zu einer Abtreibung zu überreden oder ihnen den Abbruch zu verbieten, bzw. nur für sehr viel Geld zu ermöglichen.« Die »angeblich moralische Entrüstung« sei in jenen Ländern am stärksten, »in welchen die Frauen am meisten bevormundet werden und wo es die höchste Rate an Abbrüchen gibt«, wird hier aufgeklärt. Da es in Österreich zwar eine Straffrei-



Abtreibungsarzt Christian Fiala mit Gabi Burgstaller (SPÖ)

stellung via Fristenregelung, doch überhaupt keine amtliche Statistik der Abtreibungen gibt, meinen die Betreiber des Museums offenbar, unwidersprochen behaupten zu können: »Länder, in denen Frauen frei entscheiden können, beugen ungewollten Schwangerschaften am besten vor und haben die niedrigste Rate an Abbrüchen.«

An anderer Stelle lesen wir: »Erst seit Mitte des letzten Jahrhunderts wurden Methoden entwickelt, welche sowohl sicher, als auch sehr wirksam sind. Damit hat sich das (Über-) Leben von Frauen stark verbessert.« Vermutlich um das Überleben der Frauen – weniger das der

längst nach dem Motto: »Es gibt nur zweierlei, was ihr unbedingt vermeiden müsst – Aids und ein Kind.«

Im Wien ist man jedenfalls sehr aktiv, um dem unerwünschten Kind keine Chance zu geben: Wie in der jüngsten Ausgabe von »LebensForum« berichtet, werden neuerdings in einem zentralen Einkaufszentrum, der »Lugner City«, Abtreibungen angeboten, ungeachtet der 14.000 Unterschriften, die die »Jugend für das Leben« dagegen sammelte. Nun eröffnete unter prominenter Beteiligung der früheren Frauenministerin Johanna Dohnal (SPÖ) ein »Museum für Verhütung & Schwangerschaftsabbruch« in

Kinder in ihrem Leib – weiter zu verbessern, propagiert das Museum, das auch 90minütige Führungen für Schulklassen anbietet, »Medikamente« wie Mifegyne. Zu den Geldgebern des Museums gehören die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die einschlägig bekannte »International Planned Parenthood Federation«, die deutsche Gesellschaft für Sexualberatung »Pro Familia«, die Robert-Bosch-Stiftung, aber auch etliche kommerzielle Unternehmen. In der Spender-

Lebensschützer die abtreibungswilligen Frauen auf der Straße belästigen, korrigierte der selbstbewusste Arzt: Das sei nicht nur Belästigung, sondern Psychoterror.

Die rote Stadtregierung Wiens ist darauf stolz, die billigsten Abtreibungen des Landes anbieten zu können. Zugleich klagt der Abtreibungsarzt Fiala, nirgendwo in Westeuropa seien Abtreibungen so teuer wie in Österreich. Hier sei die Debatte um deren öffentliche »Finanzierung« in mittelalterlicher Doppelmoral verhaftet«. Bei den Grünen Österreichs rennt er damit offene Türen ein. So forderte die stellvertretende Bundessprecherin der Grünen und Dritte Nationalratspräsidentin Eva Glawischnig, die Krankenkassen sollten die Kosten für Abtreibungen übernehmen. Die Vizepräsidentin des österreichischen Parlaments polemisierte Anfang April im ORF gegen »militante Abtreibungs-Gegner«. Frauen würden »als Mörderinnen diffamiert«, so Glawischnig. Abtreibung sei »eine medizinische Leistung« und »als Grundversorgung anzusehen«.

Vizekanzler und ÖVP-Vorsitzender Wilhelm Molterer reagierte sofort: Er halte von Glawischnigs Vorschlag »weniger als nichts«. Ein »klares Nein« kommt auch von Glawischnigs ÖVP-Kollegen im Parlamentspräsidium, Michael Spindelegger. Die Frauensprecherin der ÖVP-Wien, Barbara Feldmann, warf den Grünen vor, »menschlichem Leben offensichtlich nur eine sehr geringe Bedeutung« beizumessen. Glawischnigs Vorschlag bezeichnete Feldmann als grotesk und lebensverachtend: »Statt Mittel aus dem Gesundheitssystem für Abtreibung zu verwenden, sollten Frauen, die aus finanziellen Gründen abtreiben, unterstützt und ihnen so die Mutterschaft ermöglicht werden.«

LEBENSFEINDLICHE EINSTELLUNG

Eine »lebensfeindliche Einstellung« ortet auch die Familiensprecherin der FPÖ, Barbara Rosenkranz, selbst Mutter von zehn Kindern: »Kinder sind keine Krankheit, sondern das Wertvollste, das wir haben.« Es sei »hoch an der Zeit, diese unmenschliche Kultur des Todes zu überwinden und alternative Auswege zu öffnen.« Selbst die SPÖ, der die Grünen mit ihrem Vorstoß ideologisches Terrain streitig machen, wollte sich dem

Vorschlag nicht anschließen. Die Frauensprecherin der Grünen, Brigid Weinzinger, kann nicht verstehen, warum die anderen Parteien und auch die Ärzteschaft der grünen Idee nicht folgen wollen. Das Argument, die Schwangerschaft sei keine Krankheit, lässt sie nicht gelten: »Auch die Geburt ist keine Krankheit und wird dennoch selbstverständlich von der Krankenkasse bezahlt.«

Auch von kirchlicher Seite kam Kritik: Familien-Bischof Klaus Küng sagte, es sei eines Sozialstaates unwürdig, schwangeren Frauen in Not per Krankenschein die Abtreibung zu verschreiben, statt ihnen Lebensperspektiven mit einem Kind zu bieten. Von den Grünen, die sich »zu Recht für den Schutz der Umwelt und für das Leben der Pflanzen und Tiere« einsetzen, wäre »mehr Engagement für den Schutz des ungeborenen Lebens« zu erwarten, so Küng. Es sei »absurd, sich für das Lebensrecht von Kröten in einem Biotop stark zu machen, aber im selben Atemzug für das Recht auf Abtreibung zu plädieren«.

Der Präsident des Katholischen Familienverbands, Johannes Fenz, forderte mehr Geld für Prävention, Beratung und Krisenintervention. »Abtreibung auf Kosten der Krankenkassen anzubieten, ist Verachtung des Lebens und zynisch«, so Fenz. Mit solchen Forderungen werde suggeriert, »dass Abtreibung in Österreich grundsätzlich legal sei«, sie sei aber nur unter gewissen Voraussetzungen straffrei. Der Geschäftsführer des Wiener Katholischen Familienverbands, Andreas Cancura, forderte staatliche Maßnahmen »zur Eindämmung des Übels und der schweren Menschenrechtsverletzung Abtreibung«.

Die österreichische »Aktion Leben« bedauert, dass Frauen in einem Schwangerschaftskonflikt leichter eine Möglichkeit zur Abtreibung fänden als eine Beratungsstelle und ausreichende Unterstützung. Die Generalsekretärin der »Aktion Leben«, Karin Schmidtbauer, warf Glawischnig Populismus vor. »Für manche Frauen ist es schwierig, das Geld für einen Abbruch aufzubringen. Aber unendlich schwieriger ist es, Monat für Monat genug Geld für das Kind und sich selbst aufzubringen.« Es sei verwunderlich, dass die Politikerin nicht eher an jene Frauen denke, »die aus finanziellen Gründen an den Abbruch der Schwangerschaft denken, den sie innerlich gar nicht wollen«, sagte Schmidtbauer. »Dem komplizierten Thema Schwangerschaftskonflikt mit kostenlosen Abtreibungen zu begegnen, ist genauso armselig wie Sexualerziehung auf das Verteilen von Kondomen zu reduzieren.«



DANIEL REINER

Verschreibungspflichtig: Die Abtreibungspille

liste finden sich Vertreter diverser Pharmafirmen (Schering AG, Janssen-Cilag Pharma, Barr Pharmaceuticals etc.).

ORF MACHT PROPAGANDA

Initiator des »Museum für Verhütung & Schwangerschaftsabbruch« ist bezeichnenderweise Christian Fiala, der in Wien das »Ambulatorium für Schwangerschaftsabbruch und Familienplanung« (gynmed) leitet. Er ist zugleich Vorsitzender der »Internationalen Vereinigung von Fachkräften und Verbänden zu Schwangerschaftsabbruch und Kontrazeption« (FIAPAC). Welche Rolle der Abtreibungsarzt in der politischen Szene spielt, verdeutlicht, dass Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller zwar keinen heimischen Arzt gewann, Abtreibungen im Landeskrankenhaus durchzuführen, sich Fiala aber bereit fand, wöchentlich von Wien nach Salzburg zu pendeln, um dort auszuhelfen.

Österreichs öffentlich-rechtliches Fernsehen (ORF) schilderte Fialas Pendlerdasein jüngst in einer so tendenziösen Weise, dass man versucht sein konnte, nach der Einblendung »Dauerwerbesendung« zu suchen. Den ORF-Reporter, der Fiala fragte, ob man nicht etwas dagegen machen könne, dass aggressive